



## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des  
Betriebsausschusses Eigenbetrieb für Arbeitsförderung am  
25.03.2024**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Kleiner Saal,  
Marktplatz 2,  
06108 Halle (Saale),

**Zeit:** 15:00 Uhr bis 16:04 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnahmeverzeichnis

**Anwesend waren:**

Katharina Brederlow	Beigeordnete GB Bildung und Soziales
Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Jan Döring	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dr. Ulrike Wünscher	Vertretung für Herrn Johannes Streckenbach, CDU-
Stadtratsfraktion Halle (Saale)	
Torsten Radtke	Vertretung für Herrn Carsten Heym, AfD-Stadtratsfraktion
Halle	
Birgit Schmeil	Beschäftigtenvertreterin
Christiane Bahadur	BMA
Goswin van Rissenbeck	Betriebsleiter Eigenbetrieb für Arbeitsförderung
Helena Raubuch	Protokollführerin

**Entschuldigt fehlten:**

Carsten Heym	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Johannes Streckenbach	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

## **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

**Frau Brederlow** eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

Es waren 3 von 6 stimmberechtigten Ausschussmitgliedern anwesend.

## **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

**Frau Brederlow** stellte die Tagesordnung fest und fragte nach Einwänden. Es gab keine Einwände.

**Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.**

Die Tagesordnung wurde wie folgt beschlossen:

### **Öffentlicher Teil**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschriften und Bestätigung der Niederschriften vom 03.04.2023 und vom 17.05.2023
5. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
6. Bericht des Betriebsleiters
7. Beschlussvorlagen
8. Anträge von Fraktionen und Stadträten
9. Mitteilungen
- 9.1. REGIO Aktiv: Umsetzungsstand in den Projekten der Richtlinienförderung  
Vorlage: VII/2024/06903
10. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
11. Anregungen

### **Nicht öffentlicher Teil**

12. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 17.05.2023
13. Beschlussvorlagen

14. Anträge von Fraktionen und Stadträten
15. Mitteilungen
16. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
17. Anregungen

### zu 3 **Einwohnerfragestunde**

---

Es waren keine Einwohner anwesend.

### zu 4 **Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 11.12.2023**

---

**Frau Brederlow** fragte, ob es Einwände zur vorliegenden Niederschrift vom 11.12.2023 gäbe. Dies war nicht der Fall.

**Frau Brederlow** bat um Abstimmung der Niederschrift.

**Abstimmungsergebnis:** **Einstimmig zugestimmt.**

### zu 5 **Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

---

Es wurden keine nichtöffentlichen Beschlüsse gefasst.

### zu 6 **Bericht des Betriebsleiters**

---

**Frau Brederlow** erteilte Herrn van Rissenbeck das Wort.

**Herr van Rissenbeck** berichtete anhand der vorab bereitgestellten Vorlage über den aktuellen Stand im Eigenbetrieb für Arbeitsförderung (EfA).

**Herr Döring** fragte, warum die Fachbereiche keine 16i Stellen übernehmen möchten bzw. nie jemand übernommen wird.

**Herr van Rissenbeck** antwortete, dass die Mitarbeitenden immer auf jede Stellenausschreibung hingewiesen werden, von der wir der Meinung sind, dass sie übernommen werden könnten. Die Mitarbeitenden besitzen natürlich nicht immer die umfassenden Qualifikationen.

**Herr van Rissenbeck** erklärte, dass wenn er zum Beispiel einem Mitarbeitenden in einem Förderprogramm einen Führerschein finanziere, um ihn genau auf eine Stelle in der Stadtverwaltung fit zu machen, macht das auch das Jobcenter mit. Wenn aber die Stadt dann ausschreibt, dass sie zwar den Führerschein suchen, aber zusätzlich einige Tausend km Landstraßenerfahrung brauchen, sind unsere Mitarbeitenden raus aus dem Rennen.

**Herr van Rissenbeck** fügte hinzu, dass es weitere vergleichbare Beispiele gibt. Stichwort ist hier immer die „Bestenauswahl“.

**Herr van Rissenbeck** erläuterte, dass die Mitarbeitenden nicht unbedingt eingruppierbare Abschlüsse mitbringen, auch wenn sie die Qualifikation hätten. Er setzte fort, dass es fraglich ist, wann die Ausschreibungen dahingehend angepasst werden, nicht nur Fachkräfte, sondern auch Arbeitskräfte gesucht werden.

**Frau Brederlow** führte aus, dass die 100 Stellen vor 4 Jahren im Stadtrat beschlossen wurden, wo gesagt wurde, dass ein Teil davon auf jeden Fall die Chance bekommen soll, sich auf eine Tätigkeit innerhalb der Stadtverwaltung vorzubereiten. Sie setzte fort, dass dies auch in Einzelfällen geklappt hat, aber leider in sehr wenigen.

**Frau Brederlow** erklärte, dass Grund- und Förderschulen gern solche Stellen in Anspruch nehmen, das aber auch entsprechend Geld kosten würde.

**Herr van Rissenbeck** antwortete, dass er sich damit bereits auseinandergesetzt hat. Er erklärte, dass es pro Jahr ca. 6.000,- € kosten würde, diese Stellen an Schulen durch den Bundesfreiwilligendienst (BFD) zu ersetzen.

**Herr Radtke** fragte, ob es nicht möglich ist, dass die Stadt Halle (Saale) die Stellenausschreibungen im rechtlich möglichen Rahmen auf die geförderten Mitarbeitenden anpassen könnte. Er fügte hinzu, dass es sinnvoll wäre, wenn man da auf einen gemeinsamen Nenner käme, da die entsprechenden Mitarbeitenden dann ja auch in Arbeit kommen würden.

**Frau Brederlow** antwortete, dass dies die untersten Eingruppierungen (E1&E2) betrifft. Sie führte aus, dass ab einer gewissen Entgeltgruppe gewisse Qualifikationen notwendig sind, um die man nicht herunkommt. Sie könnte sich das aber vor allem im Bereich der Grünflächenpflege und Ähnlichem gut vorstellen.

**Frau Wünscher** kritisierte, dass das doch wie ein totes Gleis ist. Sie ergänzte, dass das doch sicher nicht erst dieses Jahr so ist, sondern diese Tendenz bereits länger erkennbar war. Sie führte aus, dass wenn dies bekannt ist, auch Dinge unternommen werden müssen, um die Förderinstrumente zumindest anschlussfähig zu machen. Ansonsten gaukle ich diesen Menschen etwas vor, was ich niemals erfüllen kann.

**Frau Wünscher** sagte, dass diese Menschen zwar ein paar Monate oder Jahre in Beschäftigung gebracht wurden, aber das danach doch ein trostloses Unterfangen und verpulvertes Geld ist, weil es nicht zu dem Ziel führt, was man eigentlich möchte.

**Frau Brederlow** antwortete, dass es kein verpulvertes Geld ist, aber das Ziel war, diese Mitarbeitenden in der Stadtverwaltung und an den Schulen zu halten. Warum das nicht gelingt, kann sie ad hoc nicht sagen. Sie setzte fort, dass zunächst befristet 2 Jahre eingestellt wurde, bevor wir auf die 5 Jahre verlängert haben. Von den Zahlen war sie ebenfalls überrascht. Sie erläuterte, dass sie sich zu den 40 Stellen an den Schulen Gedanken machen müsse, wie sie das in den Haushaltsplan mit aufnehmen könne. Sie erklärte, dass darüber hinaus der Fachbereich Sport und der Fachbereich Kultur eigentlich auch Hilfsstellen benötigen.

**Frau Wünscher** antwortete, dass dann die Förderrichtlinie nicht richtig aufgestellt ist.

**Frau Brederlow** antwortete, es ist klar, dass das Jobcenter das nicht finanzieren wird, wenn die Betroffenen genau wieder in diese Drehtüre rein rutschen.

**Frau Wünscher** antwortete, dass man das dann aber auch mal zur Kenntnis nehmen muss. Sie führte aus, dass die Stadt das natürlich nicht alles auffangen kann, aber das scheint ein systemisches Problem zu sein, von dem was dort ausgebildet und befördert wird und dann mit diesem Bruch, dass es nicht weitergeht, weil es an den Ausschreibungen hängt.

**Herr Döring** fragte, ob es eine Evaluation unabhängig von der Stadt Halle (Saale) zu den Bedarfen an Stellen gibt. Er fügte hinzu, dass die BFD-Stellen an Schulen immer gern genommen werden.

**Herr van Rissenbeck** antwortete, dass das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) vor zwei Wochen eine Zusammenfassung veröffentlicht hat, die er gern im Protokollanhang zur Verfügung stellt.

**Frau Haupt** fragte, ob es eine Möglichkeit ist, mit dem Jobcenter und anderen Beteiligten zusammenzukommen, um sich diese Situation ganz konkret anschauen zu können. Sie fügte hinzu, dass das Personalamt schließlich ganz genau weiß, an welchen Stellen Personal fehlt. Vielleicht wäre eine Zusammenkunft in großer Runde eine Anregung zur Problemlösung.

**Frau Wünscher** fragte, wie Herr van Rissenbeck die Lage zu den zurückgehenden AGH einschätzt. Sie fragte zusätzlich, ob die 72 bewilligten Stellen Menschen sind, die man weiter qualifizieren kann.

**Herr van Rissenbeck** antwortete, dass dies vorrangig Menschen sind, die ganz lange nicht auf dem Arbeitsmarkt waren und die Aufgabe vorrangig darin besteht, diese wieder an einen geregelten Tagesrhythmus zu gewöhnen, was bedeutet täglich irgendwo hinzugehen, um Geld zu verdienen. Er fügte hinzu, dass die AGH's eigentlich die Vorbereitung auf eine 16i Förderung sind und dass dies damals auch so angedacht war. Diese Menschen sollten dann nach den 5 Jahren Förderung wieder marktfähig sein.

**Herr van Rissenbeck** merkte an, dass die Mitarbeitenden 16i grundsätzlich marktfähig sind, der Markt aber nicht unbedingt die Verwaltung der Stadt Halle (Saale) ist.

**Frau Haupt** fragte, wo die AGH-Teilnehmenden untergebracht und eingesetzt sind.

**Herr van Rissenbeck** antwortete, dass die Teilnehmenden im Wesentlichen im Bereich Grünflächenpflege und Ordnung & Sauberkeit eingesetzt werden. Für die AGH's hat der EB Arbeitsförderung 3 Standorte: in der Silberhöhe, der Kammstraße & eine Werkstatt in der Barbarastraße. Er erklärte, dass an diesen Standorten für die Teilnehmenden immer Dienstbeginn und Dienstende ist.

## zu 7      **Beschlussvorlagen**

---

Es gab keine Beschlussvorlagen.

## zu 8      **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

Es lagen keine Anträge vor.

## zu 9      **Mitteilungen**

---

### zu 9.1      **REGIO Aktiv: Umsetzungsstand in den Projekten der Richtlinienförderung Vorlage: VII/2024/06903**

---

**Frau Brederlow** erteilte Frau Arnswald das Wort.

**Frau Arnswald** berichtete anhand der vorab bereitgestellten Präsentation über den Umsetzungsstand in den Projekten der Richtlinienförderung.

**Frau Haupt** fragte, ob es bei den Austritten Gründe gibt, die man mitnehmen kann?

**Frau Arnswald** antwortete, dass die Hauptgründe für Austritte fehlende Mitwirkung und unentschuldigtes Fehlen sind.

**Herr Radtke** fragte zum Förderbereich A „Aktive Eingliederung – Langzeitarbeitslose mit Migrationshintergrund, in welche Richtung die Träger ausbilden.

**Frau Arnswald** antwortete, dass sie Werkstätten haben und die Teilnehmenden schauen können, welche Richtung ihnen zusagt, z.B. die Arbeit mit Holz, Mauern, andere Handwerksberufe, und sie werden dann dahingehend unterstützt.

**Frau Haupt** fragte zum Förderbereich E „PRAXIS BO“, wie lange die Berufsfindung dauert.

**Frau Arnswald** antwortete, dass dies sehr unterschiedlich ist. Sie erklärte, dass nicht in die schulischen Praktika eingegriffen wird und hier eine individuelle Abstimmung mit den freiwilligen Praktika möglich ist. So sind zum Beispiel 1-2 Praktikumstage möglich, meistens sind es aber eher 1-2 Wochen.

## zu 10      **Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

Es gab keine Anfragen.

## zu 11      **Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 11.12.2023**

---

**Frau Brederlow** fragte, ob es Einwände zur vorliegenden Niederschrift vom 11.12.2023 gäbe. Dies war nicht der Fall.

**Frau Brederlow** bat um Abstimmung der Niederschrift.

Für die Richtigkeit:

Datum: 11.06.24

---

Katharina Brederlow  
Beigeordnete

---

Helena Raubuch  
Protokollführerin